

# Die Woche im Bundestag



**CDU CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen



In dieser Haushaltswoche haben wir nicht nur über den Haushalt beraten, sondern auch über verschiedene Gesetzesentwürfe zum Thema innere Sicherheit und Migration – ausgelöst durch das Attentat in Solingen am 23. August mit drei Toten und vielen Schwerverletzten.

Wir müssen jetzt wirklich zu Entscheidungen kommen. Wir haben der Bundesregierung dazu Vorschläge gemacht. Die Ampel muss jetzt endlich zeigen, dass sie es ernst meint mit einer echten Wende in der Asylpolitik. Wenn die Bundesregierung möchte, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen, dann geht es nur, wenn wir wirklich im umfassenden Ausmaß an den deutschen Außengrenzen zurückweisen. Das dies geht, ist nun rechtlich mehrfach geprüft worden. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass es uns jetzt darum geht, eine Vereinbarung mit der Bundesregierung zu erreichen, die im Ergebnis den Stopp der illegalen Migration zur Folge hat. Die Belastungsgrenzen sind schlichtweg erreicht.

## Haushaltsberatungen und Innere Sicherheit

Wir erleben das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass ein Bundeshaushalt in den Bundestag eingebracht wird, von dem die Regierung selbst hofft, dass der Bundestag ihn korrigiert. Denn so, wie er jetzt ist - mit alleine 12 Milliarden Globaler Minderausgabe – kann er nicht bleiben. Das ist einfach nicht seriös. Vor allem die Sozialausgaben sind viel zu hoch. Die Ampel hat jeden Konsens zwischen jüngerer und älterer Generation aufgekündigt und macht eine Sozialpolitik auf dem Rücken der jungen Generation.

*„Er ist maximal unrealistisch, unehrlich & verantwortungslos. Kein Haushaltsentwurf hat bisher in so umfassendem Umfang ungedeckte Positionen enthalten.“*

**Dr. Mathias Middelberg,**  
stellv. Fraktionsvorsitzender



# Für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik



Deutschland befindet sich in einer anhaltenden Migrationskrise. Bereits zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahrzehnts sieht sich unser Land mit der größten Zahl von Asylbewerbern und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben mehr als 160.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Mit Stand Ende 2023 leben 972.000 Syrer und 419.000 Afghanen im Land. Deutschlands Aufnahmekapazitäten sind erschöpft. Das zeigt die tägliche Realität in den Kommunen, in den Schulen und Kindergärten, in den Krankenhäusern und dem öffentlichen Nahverkehr.

Wir haben der Bundesregierung unsere Zusammenarbeit angeboten und konkrete Vorschläge zur Lösung des Problems unterbreitet. Entscheidend war und ist uns der Schutz der deutschen Grenze vor unerlaubten Einreisen. Wir haben unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass nur Zurückweisungen an der deutschen EU-Binnengrenze die massenhafte illegale Einreise nach Deutschland unterbinden können. Die Etablierung einer solchen Zurückweisungspraxis würde das Grundprinzip des „Dublin-Systems“ wiederherstellen: Der Ersteinreisestaat ist für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig. Eine solche Zurückweisungspraxis ist nach unserer Rechtsauffassung möglich und nötig.

Die Bundesregierung hat in dieser Woche nun ihren Vorschlag vorgelegt. Im Kern setzt sie nicht auf Zurückweisungen an der Grenze, sondern auf beschleunigte Dublin-

Verfahren im existierenden System der Asyl- und Migrationspolitik. So soll die Bundespolizei bei Einreise nach Deutschland „prüfen“, ob ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Es soll anschließend ein „beschleunigtes Verfahren“ der Rücküberstellung in den Ersteinreisestaat erfolgen.

Der Vorschlag der Ampel wird keine Zurückweisungen an der Grenze nach sich ziehen, sondern das existierende (gescheiterte) System fortführen. Mit ihrer Migrationspolitik verhindert die Ampel weder illegale Einreisen noch entlastet sie unsere Städte und Gemeinden. Unser Land braucht keine leeren Worte, sondern Taten. Nur eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik kann diese Probleme lösen.

Die Ampel-Bundesregierung hat dafür keine Kraft. Sie ist führungslos, heillos zerstritten und kann sich nicht auf wirkliche Maßnahmen einigen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten aber keinen Ampel-Minimalkompromiss, sondern die Lösung des Problems. Diese Tatenlosigkeit der Bundesregierung, für die Bundeskanzler Olaf Scholz die Verantwortung trägt, ist eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel kapituliert vor der Herausforderung der irregulären Migration.

Wir stehen für Scheinlösungen und endlose Gespräche in immer neuen Gesprächsformaten nicht zur Verfügung. Die nun tatsächlich notwendigen Maßnahmen sind bekannt. Es gibt keinen Redebedarf, sondern Handlungsbedarf.



## Arbeitsplätze im Schiffbau müssen erhalten bleiben



**Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch den Weg für die Rettung der angeschlagenen Meyer Werft für den Standort in Papenburg im niedersächsischen Emsland freigegeben. Die in dieser Woche mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse, sind von uns als Union mitgetragen worden.**

Das Rettungspaket sieht die Übernahme von rund 81 Prozent der Meyer Werft durch den Bund und das Land Niedersachsen vor, wobei das Eigenkapital i.H.v. von insgesamt 400 Millionen Euro die beiden Anteilseigner hälftig tragen. Hinzu tritt eine Kreditbürgschaft von rund 2 Milliarden Euro.

Der Erhalt der Arbeitsplätze bei der Meyer Werft und den zuliefernden Unternehmen stand bei der ganzen, Monate andauernden Diskussion um das Rettungspaket zentral im Mittelpunkt der Gespräche, die ich geführt habe. Jetzt können 22.000 Arbeitnehmer die direkt und indirekt vom Fortbestand der Werft betroffen sind - oder deutlicher Familienexistenzen - über den gesamten norddeutschen Raum aufatmen. Die rund 230 Jahre Geschichte des Schiffbaus an der Ems geht weiter.

Grundlage der Entscheidung für ein Rettungspaket ist die marktwirtschaftliche Basis der Meyer Werft. Im Bereich des Baus von Kreuzfahrtschiffen hat die Meyer Werft Weltrang und setzt sich als Familienunternehmen mit Innovationskraft und einer erfahrenen Belegschaft gegen staatsgestützte Konkurrenz aus dem Ausland durch. Fast 60 fertiggestellte Kreuzfahrtschiffe für alle namhaften Reedereien sprechen für sich.

Dennoch möchte ich betonen, dass derartige Staatshilfen grundsätzlich eine Ausnahme bleiben müssen und der Staat vor Einstieg eine Ausstiegsstrategie formulieren muss. Der in dieser Woche getroffene Beschluss steht auch vor dem Hintergrund, dass es weltweit keinen echten marktwirtschaftlichen Wettbewerb im Schiffbau gibt. Insbesondere die staatsgestützte und staatsgelenkte Schiffsindustrie in Asien birgt erhebliche Gefahren der Abhängigkeit.

**Andreas Mattfeldt, Mitglied im Haushaltsausschuss.**

## Happy Birthday!

**75 JAHRE  
DEUTSCHER BUNDESTAG**



Seit seiner Gründung im Jahr 1949 ist der Bundestag das Herz unserer Demokratie. Gemeinsam haben wir in den vergangenen 75 Jahren die Bundesrepublik zu einem starken, freien und vereinten Land gemacht. Vom Neuanfang in Bonn bis zum vereinten Deutschland in Berlin: Der Bundestag bleibt der Ort, an dem Zukunft gestaltet wird.

**CDU CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*